

# Kashmir im Griff der Krise

Nach den außenpolitischen Turbulenzen rund um den Kashmir-Konflikt überschlagen sich jetzt im indischen Unionsstaat *Jammu and Kashmir* auch auf innenpolitischer Ebene die Ereignisse.

**Kousar Bukhari**

Allem Anschein nach klingt die Gefahr eines Kriegs zwischen Indien und Pakistan allmählich ab: Indien schlägt inzwischen bezüglich der Infiltration von Bewaffneten aus Pakistan nach Kashmir versöhnlichere Töne an. Selbst Verteidigungsminister George Fernandes gab in Srinagar, der Sommerhauptstadt der umstrittenen Region, zu, daß das Einschleusen nahezu beendet sei. Das bedeutet: Pakistan ist auf dem besten Weg, seine Versprechungen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft, insbesondere den USA, zu erfüllen. Dennoch bleibt die Tatsache einer beachtlichen Truppenkonzentration beiderseits der indisch-pakistanischen Grenze bestehen; ein Rückzug und eine Minderung der Spannungen deuten sich nicht an.

Wie aber sieht es in Kashmir selbst aus? Hier sind keine wesentlichen Fortschritte zu beobachten. Trotz der von den Sicherheitskräften gestarteten Großoffensive halten die gegen Regierungseinrichtungen und ausgewählte Zivilisten gerichteten Anschläge der Militanten - zumeist aus Pakistan oder Afghanistan stammende Ausländer - unvermindert an. Vor allem durch die beiden wichtigsten militanten Organisationen, *Lashkar-e-Taiba* und *Jaishe-Mohammad*, die beide von Ausländern dominiert werden, hat sich die Qualität der Militanz verändert. Auch die Sicherheitskräfte geben zu, daß die neue Phase der Militanz sie vor große Herausforderungen stellt. Diese ist bestimmt von Selbstmordattentaten, *Fidayeen* genannt: „Einen Menschen, der entschlossen ist, sich selbst zu töten, kann man nicht stoppen. Aber wir unternehmen alles, um dem Einhalt

zu gebieten“, bekannte ein hoher Sicherheitsbeamter.

In den letzten Wochen waren die Sicherheitskräfte in der Tat erfolgreich, hohe Führungskader der Gegenseite zu eliminieren. Doch Regierungsquellen sprechen von insgesamt 3.000 Militanten, die noch immer im Bundesstaat aktiv sind und damit ein hohes Sicherheitsrisiko darstellen. Vor allem die anstehenden Provinzparlamentswahlen im September bereitet den Behörden großes Kopfzerbrechen. Es ist völlig offen, wie sich diese auf die Situation auswirken wird.

## Streit in der Hizb

Die *Hizbul Mujahideen* ist die einzige potente einheimische militärische Kraft, die allerdings derzeit mit hausgemachten Problemen zu kämpfen hat. Unstimmigkeiten in der Organisation entstanden im Juli 2000 um die Frage des Angebots eines einseitigen Waffenstillstandes: Der in Pakistan sitzende Parteiflügel unter dem Kommando von Syed Salahuddin befürwortete denselben, während die in Kashmir ansässige Fraktion unter der Führung von Abdul Majid Dar sich entschieden dagegen aussprach. Die Kontroverse endete im Mai 2002 mit dem Rauswurf von Dar aus der *Hizb*. Viele Kommandanten schlugen sich auf die Seite von Dar, andere auf die Salahuddins. Zur Zeit befürwortet die Partei einen Dialog in Sachen Kashmir, verhält sich allerdings relativ passiv.

## POTA und Menschenrechtsverletzungen

Offiziell wird die Zahl der in *Jammu and Kashmir* in den letzten zwölf Jahren Getöteten mit 24.000 angegeben; das separatistische Lager spricht dagegen von 70.000, die mehrheitlich von Sicherheitskräften ums Leben gebracht worden seien. Tatsache ist jedenfalls, daß seit 1990 rund 2.500 verhaftete Zivilisten einfach verschwanden und illegale Hinrichtungen unter Arrest signifikant zunahm. So beklagen Menschenrechtsgruppen den mangelnden Schutz von Inhaftierten und die Mißachtung elementarer Menschenrechte. Das jüngste Beispiel bildet das neue indische Anti-Terror-Gesetz *Prevention of Terrorism Act* (POTA), welches innenpolitisch sehr umstritten ist und die politischen Parteien der Union spaltet. Seit es vor drei Monaten in Kraft trat, sind in *Jammu and Kashmir* 450 „POTA-Fälle“ registriert worden. Die Landesregierung in Srinagar war die erste, die das Gesetz implementierte, berichtet Mohammad Ahsan Untoo, Sprecher der *Human Rights Front*. Obwohl auch den Militanten vorgeworfen wird, unschuldige Zivilisten zu töten, bleiben die Sicherheitskräfte in Sachen Menschenrechte also weiterhin auf der Anklagebank.

## Kontroversen im politischen Lager

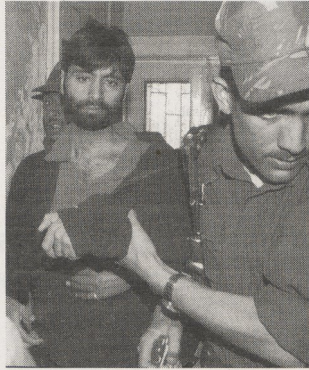
Mit den Hoffnungen auf einen politischen Dialog in Sachen Kashmir, die in den letzten Jahren lebhafter aufkeimten als zu früheren Zeiten, erlebte die *All Parties Hurriyat Conference* (APHC), die sich aus

23 politischen Gruppen zusammensetzende führende Separatistenallianz, ihre schlimmste Zeit. Die gravierenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der *Hurriyat* bezüglich einer liberalen Haltung in punkto Wahlen wurden in den indischen Medien durch die verstärkte Propaganda sowohl der Hardliner wie der Moderaten in der Dachorganisation überdeutlich. Diese beiden Fraktionen werden repräsentiert durch die gemäßigten Führer Abdul Gani Lone und Mirwaiz Umar Farooq sowie durch Syed Ali Jilani, den pro-pakistanischen Falken der radikalen *Jamaat-e Islami*. Erstere Gruppe erfuhr einen schweren Rückschlag durch das im Mai erfolgte tödliche Attentat auf Abdul Gani Lone durch unbekannte Militante. Es ist zu vermuten, daß durch den Mord die besonneneren und weniger radikalen Töne in der Freiheitsbewegung zum Schweigen gebracht werden sollten. Lone war immer für den politischen Dialog und den Verzicht auf ausländische Vermittler eingetreten. Er hatte schon viele Mordanschläge überlebt. Die letzte Kontroverse zwischen ihm und Mirwaiz entzündete sich während einer Konferenz, die in Dubai in Anwesenheit vieler kashmirischer Politiker aus aller Welt sowie eines anderen Protagonisten der moderaten Haltung stattfand, dem Führer des unter pakistanischer Kontrolle stehenden Teils Kashmirs, Sardar Abdul Qayyum Khan. Dort verbreitete sich der Eindruck, Lone be treibe einen „Ausverkauf“ der kashmirischen Interessen.

### Ausschaltung von Delhi-Opponenten

Ein anderer führender Akteur von *Hurriyat*, Yaseem Malik, war zu diesem Zeitpunkt schon verhaftet worden, nachdem die Polizei bei zwei Männern eine angeblich für ihn bestimmte und aus dunklen Kanälen stammende Geldsumme in Höhe von 100.000 US-Dollar sichergestellt hatte. Kurz darauf folgte die mit ähnlichen Vorwürfen begründete Verhaftung von Syed Ali Jilani. Politische Analysten sind davon überzeugt, daß die Regierung auf diese Art und Weise den separatistischen Gruppen, die sich an den bevorstehenden Wahlen beteiligen wollen, den Weg ebnen möchte. Offenbar ist Neu-Delhi fest entschlossen, den Wahlen diesmal eine grö-

ßere Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Seitdem sich Malik und Jilani als vehemente Gegner jeder Art politischer Prozesse unter indischer Verantwortung profilierten, wurde es aus Sicht Neu-Delhis notwendig, sie auszuschalten. *Hurriyat* bestritt die gegen ihre beiden Führer erhobenen Vorwürfe. Ihr Vorsitzender, Professor Ab-



Yasin Malik  
(Foto: India Today)

dul Gani Bhat, konterte mit dem Gegenwurf, die Regierung wolle vielmehr die genuine Stimme des kashmirischen Volkes zum Schweigen zu bringen, das nichts anderes anstrebe, als über die eigene Zukunft selbst zu bestimmen. *Hurriyat* machte unlängst erneut den Vorschlag einer neuen Gesprächsrunden zu kashmirbezogenen Fragen. Früheren Vorbehalten zum Trotz erklärte man sich nun zur Aufnahme von Dreiecksverhandlungen zu Islamabad und Delhi bereit. Aber zu diesem Zweck beabsichtigt man die Entsendung von *Hurriyat*-Akteuren nach Pakistan, die sowohl Gespräche mit der Regierung, als auch mit den Kommandeuren der militanten Gruppen aufnimmt, um sie von der Notwendigkeit eines Waffenstillstandes zu überzeugen, der als Voraussetzung für einen substantiellen Dialog über die Region angesehen wird. Indien hat sich bislang gegen den Vorschlag ausgesprochen, da es die Kashmirfrage als eine rein bilaterale Angelegenheit Delhis und Islamabads betrachtet. Liberale politische Stimmen in der indischen Kapitale kritisierten harsch diese starre Haltung. Beobachter gehen davon aus, daß Delhi inzwischen nicht mehr länger auf Verhandlungen mit der *Hurriyat* setzt, sondern stattdessen mit einem neuen Experiment den Aufbau einer Art „Dritten Front“ in Kashmir anstrebt, mit einer moderaten Stimme wie Shabir Shah von

der *Democratic Freedom Party* in der Schlüsselrolle. Doch Kenner der Materie bleiben mit Blick auf die Erfolgsaussichten dieses Vorhabens pessimistisch.

### Personeller Wandel im proindischen Lager

Auf der anderen Seite sind signifikante Veränderungen im proindischen Lager der politischen Parteien zu beobachten. Insbesondere die *National Conference* muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, bei der jüngst eine „Wachablösung“ stattfand. Chefminister Farooq Abdullah übergab die Präsidentschaft der Partei an seinen Sohn Omar Abdullah, den stellvertretenden Außenminister der Vajpayee-Administration. Auch wenn Farooq selbst ein bedeutendes politisches Amt in Delhi versagt blieb, baut er seinen Sohn gezielt als möglichen neuen politischen Führer Kashmirs auf. Omar genießt einen guten Ruf als einer der effizientesten und tüchtigsten Akteure der Unionsregierung, und er selbst traut sich zu, seine Heimat Kashmir aus der Krise führen zu können. „Die Existenz von Gewalt und Militanz in Kashmir ist eine Tatsache, aber nur deshalb, weil Pakistan diese unterstützt“, betont er gerne. „Aber meine Pläne sind andere. Ich möchte Kashmir dem Wunsch seiner Menschen entsprechend in ein Zentrum von Wohlstand und Entwicklung verwandeln; auf dieses Ziel werde ich meine gesamte Energie konzentrieren“, so Omar Abdullah weiter.

Neben der *National Conference* gibt es noch andere politische Parteien in Kashmir, doch die NC besitzt im Gegensatz zu den Separatisten große Chancen, die anstehenden Wahlen zu gewinnen, da sie die einzige echte Volkspartei ist.

Wie auch immer sich die indisch-pakistanischen Beziehungen in der Zukunft entwickeln: Die Wahlen zum kashmirischen Landesparlament werden für die politische Zukunft des gewaltgeplagten Kashmirs von entscheidender Bedeutung sein. (Übersetzung: Bernd Basting) **D**

► **Zum Autor:** Kousar Bukhari ist Kashmir-Korrespondent einer großen indischen Tageszeitung mit Sitz in Srinagar. Die deutsche Übersetzung des vorliegenden Artikels wurde gegenüber der englischsprachigen Originalfassung leicht gekürzt.